

8. Mai: 70 Jahre Kriegsende

Vor 70 Jahren endete der furchtbare Zweite Weltkrieg, der viele Teile Europas in Schutt und Asche legte.

Anlässlich des Todes von Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker habe ich im Februar dieses Jahres wichtige Auszüge seiner großen Rede vom 8. Mai 1985 veröffentlicht. Die gesamte Rede steht auch auf meiner Homepage unter www.gernotgruber.de. Weizsäcker hat eindrucksvoll die zwiespältigen Gefühle dieses Tages beschrieben – die Schmerzen über den Verlust naher Angehöriger, die Sorgen um Vermisste, die an Leib und Leben bedrohten Flüchtlinge, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden und die Befreiung von der furchtbaren Nazi-diktatur. So hat uns Weizsäcker auch daran erinnert, dass der 8. Mai 1945 nicht von Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 zu trennen ist.

Bei allen politischen Auseinandersetzungen um den richtigen oder besseren Weg zum Ziel, ist es das Vermächtnis des 8. Mai, dass alle Demokraten in Deutschland zusammenstehen müssen für Frieden, Freiheit, Recht und Demokratie.

Der 8. Mai steht auch für das vielleicht wichtigste Dokument des letzten Jahr-

hunderts: das deutsche Grundgesetz. Am 8. Mai 1949 verabschiedete der parlamentarische Rat das Grundgesetz mit 53 Ja- und 12 Neinstimmen (KPD und Teile der CSU, des Zentrums und der Deutschen Partei). Grundrechte und Grundgesetz sind heute unter Demokraten unumstritten.

Gleich im Artikel 1 heißt es, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Das Grundgesetz war die eindrucksvolle Antwort der Demokraten gegen die Diktatur. Die Gründe für den Aufstieg der NSDAP sind vielschichtig – von den schwierigen Startbedingungen der ersten deutschen Demokratie nach dem Versailler Vertrag bis zur wirtschaftlichen Not durch die Massenarbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise. Auch die Verachtung gegenüber der Politik und den Par-

teien spielte eine Rolle. Ich habe keine Angst, dass unsere Demokratie gefährdet ist. Mich erfüllt es aber mit Sorge, dass sich oft Stimmungen verbreiten, welche der Politik insgesamt und den Parteien wenig Vertrauen entgegenbringen. Dies führt auch dazu, dass sich immer weniger Menschen in Parteien engagieren.



... der
SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber

Die SPD alleine hatte einst über eine Million Mitglieder – heute haben die Parteien insgesamt nur noch 1,4 Millionen Mitglieder, die CDU und die SPD immerhin noch fast eine halbe Million und die CSU 150 000. Alle anderen Parteien liegen deutlich unter 100 000 Mitgliedern.

Manchmal werden Parteimitglieder für die gesamte Politik einer Partei verantwortlich gemacht, auch wenn man nur Teile davon für richtig hält.

Im Artikel 21 unseres Grundgesetzes heißt es, dass politische Parteien bei der Willensbildung unseres Volkes mitwirken. Ich halte es für sehr wichtig, dass alle Schichten der Bevölkerung ihre Sicht als Mitglieder in die Parteien einbringen. Diese ehrenamtliche Bereitschaft zum Engagement für die Parteien und die Demokratie wird oft zu wenig geschätzt. Kritik ist wichtig, aber Ideen, Vorschläge und die Bereitschaft dafür mit langem Atem geradezustehen, sind unverzichtbar für unsere Parteien und für die Demokratie.

Ich halte es auch für wichtig, dass Parteimitglieder und das Volk tatsächliche Mitentscheidungsrechte haben. Bei Landtagswahlen ist die Macht zwischen Parteien und Wählern gut aufgeteilt. Die Mitglieder der Parteien an der Basis wählen ihre Kandidaten und die Stimmen der Bürger entscheiden, wer sie im Stuttgarter Landtag vertritt. Damit ist ein Abgeordneter direkt seinen Parteimitgliedern und seinen Wählerinnen und Wählern vor Ort verpflichtet.